

Heraus aus der Sackgasse der Waffenlieferungen

Ukraine-Krieg Eine gut besuchte Tübinger Diskussion forderte Alternativen zu militärischen Strategien.

Tübingen. „Frieden schaffen ohne Waffen – auch in der Ukraine? Wie in Europa Frieden und soziale Gerechtigkeit sichern?“ Danach fragte eine Diskussion mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner und Verdi-Bezirksleiter Martin Gross am Sonntag in der „Hirsch“-Begegnungsstätte. Eingeladen hatte die Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ (siehe Infobox) um Prof. Wolfgang Däubler, der auch moderierte. 120 Interessierte waren gekommen. Stegner und Gross gehören der Initiative nicht an.

„Ich bin kein Pazifist, aber Kriegsgegner“, sagte Stegner, der im Bundestag Obmann im Unter-

„ Ich bin kein Pazifist, aber Kriegsgegner.“

Ralf Stegner, SPD-Politiker

ausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses ist. „Die Ukraine hat ein Recht auf Beistand. Putin ist ein Kriegsverbrecher und gehört nach den Den Haag“ vor den Internationalen Gerichtshof. Es sei ja nicht so, dass Menschenrechte allseits geachtet würden: Dass der Verantwortliche für den Sturm auf das Kapitol nicht im Gefängnis sitze, hätte er sich vor wenigen Jahren nicht träumen lassen, so Stegner.

Doch er warnte vor der Gefahr



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner Privatbild



Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross Archibild: Horst Haas



Prof. Wolfgang Däubler Archibild: Ulrich Metz.

einer Eskalation. Westliche Bodentruppen in der Ukraine, wie jüngst vom französischen Präsidenten vorgeschlagen, bedeuten für Stegner den Einstieg in den dritten Weltkrieg. Ebenso fatal könne es sich auswirken, wenn ein einzelner Kommandeur die Nerven verliere oder das Atomkraftwerk Saporischja ernsthaft getroffen werde.

„Ich bin nicht für Appeasement. Ich bin nicht für Putin“, sagte Stegner. Er sei dafür, der Ukraine Luftabwehrsysteme zu liefern, um Kitas, Schulen und Krankenhäuser zu schützen. Doch er glaube nicht, dass der Krieg mit Waffen entschieden werde. US-Generäle sähen bereits das Dilemma: „Man kann erreichen, dass die Ukraine den Krieg nicht verliert. Man kann nicht erreichen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt.“

Dennoch sei es wichtig, dem Krieg eine Alternative entgegenzusetzen und mit politischen Akteuren zu reden, die Einfluss auf den russischen Präsidenten haben, beispielsweise China, wo sich Bundeskanzler Olaf Scholz gerade aufhalte, oder Indien. „Deshalb ist es gut, nach China zu fahren oder mit

Brasilien zu reden“ – um hinter verschlossenen Türen Druck auszuüben.

„Nur die Waffenverkäufer profitieren vom Krieg. Alle anderen sind Opfer. Auch die Soldaten“, sagte Stegner. Schätzungen zufolge stürben täglich 600 ukrainische und 800 russische Soldaten. Zu-

nächst gelte es, eine Waffenruhe zu erreichen.

Er hält es für eine Orwellsche Umdeutung der Sprache, man müsste hauptsächlich aufrüsten, um Frieden zu erreichen. „Auch die Kirchen könnten sich ein bisschen lauter äußern.“

Innenpolitisch bedeute es weniger Sozialstaat, die Militärausgaben bei geltender Schuldenbremse zu erhöhen, so Stegner. Das sei ein Giftcocktail für die SPD und ein Booster für die Rechte. „Jeder Euro, der in die Aufrüstung geht, fehlt uns für die wirklichen Probleme.“ Er teile die Position des Bundeskanzlers: der Ukraine beistehen, so gut wir können; alles zu tun, damit sich der Krieg nicht auf Deutschland und Europa ausweite; sich eng mit den Verbündeten abstimmen.

Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross kritisierte „das ständige Aufhetzen in sozialen Medien und Talkshows“ und ebenso Äußerungen zu Kriegstüchtigkeit von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. „Zigtausende sind schon tot, für wenige Meter Geländegewinne“, sagte Gross: „Mehr Waffen bringen mehr Tote.“ Er ist überzeugt, dass Kriege letztlich durch Verhandlungen beendet werden. Und: „Wir wissen alle, jeder Euro für Waffen fehlt für Klima und Soziales.“ Die längste Friedensperiode in Europa habe wesentlich die Entspannungspolitik bewirkt. *Dorothee Hermann*

Sie sehen das Friedensprofil der SPD in Gefahr

Die Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ in der SPD habe etwa etwa 20 Mitglieder, sagt Prof. Wolfgang Däubler. Sie halten Waffenlieferungen allein nicht für ausreichend, „um die schwierige Situation in der Ukraine zu

bewältigen“, und wenden sich dabei auch gegen den SPD-Bundesvorstand. Im deutschen Interesse sei nicht nur die Unterstützung der Ukraine, sondern auch Überlegungen dazu, „wie könnte man aus der ganzen Sache heraus-

kommen?“, so Däubler. Denn nach den Sozialkürzungen durch Hartz IV sei die SPD im Begriff, ein weiteres Kernprofil zu verlieren und damit auch Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Friedensbewegung.